



**DIE LINKE.**

An die Bürgervorsteherin Karin Himstedt

Eckernförde, 16.11.2020

Sehr geehrte Frau Bürgervorsteherin,

Für die Ratsversammlung am 17.12.2020

bitten die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen und DIE LINKE folgenden Antrag auf die Tagesordnung zu setzen und zur Abstimmung zu bringen.

### **Antrag zur Erstellung eines Mobilfunk-Vorsorgekonzeptes**

Die Stadt Eckernförde wird gebeten, die Erstellung eines Mobilfunk-Vorsorgekonzeptes mit dem Schwerpunkt Gesundheit in Auftrag zu geben.

Die benötigten Haushaltsmittel sind zur Verfügung zu stellen.

#### **Begründung:**

Die Breitband- und die mobile Kommunikation gehören heute zur Daseinsvorsorge. Die Diskussion um die Gesundheitsrisiken der mobilen Kommunikation hält an. Das wachsende Datenaufkommen führt zu immer mehr Sendestationen. Alle Mobilfunkbetreiber wollen ihre Netze ausbauen, so dass neue Makrosender, aber auch hunderte Kleinzellen und Hotspots in der LTE- und 5G-Technik geplant werden.

Mit Hilfe eines „Mobilfunk-Vorsorgekonzeptes“ soll durch ein unabhängiges Gutachterbüro untersucht werden, welche Immissionen die Umrüstung bestehender Mobilfunkanlagen und Errichtung neuer Mobilfunkanlagen voraussichtlich in der Umgebung verursachen werden und ob besser geeignete Standorte zur Verfügung stehen, die geringere Belastungen für die jeweils betroffenen Anwohner mit sich bringen.

Bei der Einrichtung neuer Standorte hat die Stadt grundsätzlich die Möglichkeit im sog. Dialogverfahren, ihr Mitbestimmungsrecht auszuüben. Mit Hilfe des unabhängigen Gutachters kann die Gemeinde die Entscheidung für einen weniger belastenden Standort fachlich begründen.

In der „Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau des Mobilfunknetzes“ wird deutlich, dass die Netzbetreiber den Netzausbau in enger Absprache mit den Kommunen gestalten sollen.

Im Rahmen der Bürgerbeteiligung ermöglicht die Offenlegung und Vermittlung aller Kenntnisse, Umstände und Hintergründe eine sachgerechte Behandlung des Vorhabens.

In einer nachfolgenden Stufe, der Konsultation, kann dann der Dialog zwischen Verwaltung, Politik und Einwohnerinnen und Einwohner erfolgen.

gez. Edgar Meyn, Barbara Davy